

„Aufgespießt“

„Machtoption“ und „gewünschte Koalitionen“ – zur Problematik imaginerter Koalitionen im Vorfeld der Wahl

Dr. Deniz Anan¹

Der Wunsch nach zunehmender Berechenbarkeit ist ein typisches Merkmal moderner Gesellschaften: Während man früher geduldig abwartete, wann (und ob) die Post einem ein Paket zustellte, so verfolgt man heute via Live-Tracking, um welche Straßenecke das Paket vom Lieferfahrzeug gerade kutschiert wird.

Das betrifft auch die Politik: So wurde 1969, trotz des eigentlich übersichtlichen Drei-Parteien-Systems, dem amtierenden Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger erst spät am Wahlabend klar, dass SPD-Chef Willy Brandt eine Koalition mit der FDP eingehen und dessen Amt übernehmen würde. Noch 1987 konnte sich der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau den Luxus leisten, einen ganzen Wahlkampf ohne potenziellen Koalitionspartner und allein mit der schon damals unrealistischen Aussicht auf eine absolute Mehrheit zu bestreiten. Heute hingegen werden die Parteien bereits weit vor der Wahl von Medien und Demoskopie unerbittlich mit der Frage nach der „Machtoption“ konfrontiert.

Dies ist natürlich einerseits hochgradig legitim: Potenzielle Wähler (und Spender) wollen nun einmal wissen, wer mit wem (nicht) regiert. Koalitionspfeferenzen beeinflussen unbestreitbar die Wahlentscheidung: Davon kann die FDP, die bei ihren beiden Koalitionswechseln 1969 und 1982 jeweils einen Großteil ihrer bisherigen Anhänger verlor, ebenso ein Lied singen wie die SPD, die bei den letzten Wahlen in dem Maße an Wählerzuspruch verlor wie sie sich, mangels Alternative, auf den unbeliebten Koalitionspartner Union festlegte.

Die sehr frühe Vorwegnahme des Wahlergebnisses in der Form der Extrapolation gegenwärtiger demoskopischer Befunde ist aber aus zwei Gründen problematisch.

Erstens, so das immer wiederkehrende, aber zutreffende Mantra von Politikern aus Parteien mit mageren Umfragewerten: Umfragen sind Umfragen, und keine Wahlen. Wahlumfragen beruhen auf der Kon-

sultation einer sehr kleinen Personengruppe. Zwar ist diese so repräsentativ zusammengesetzt, dass die Wahlergebnisse meist (noch) relativ gut vorhergesagt werden.² Umfragen, vor allem weit im Vorfeld der Wahl erstellte, sind dennoch nicht mehr als Momentaufnahmen, die das tatsächliche Wahlverhalten von 46 Millionen Wählern anhand der Befragung von 1000 Personen zu prognostizieren versuchen. Und sie werden in steigendem Maße unscharf: Die Zahl der Wechselwähler, der Unentschlossenen und der Spätscheider steigt. Junge Wähler werden von den Instituten, die ihre Befragungen noch immer via (Festnetz-)Telefon vornehmen, immer schwieriger erreicht. Gelegentlich kommt es daher inzwischen zu Wahlergebnissen, die deutlich vom Prognostizierten abweichen. Spektakuläre Beispiele sind die Bundestagswahl 2005, als die Union weit unter, die FDP deutlich über den Vorhersagen lag, die Landtagswahl in Niedersachsen 2013, als ebenfalls die Union sehr viel schwächer und die FDP sehr viel stärker abschnitt, als vorab gemessen, oder die (das Anfang vom Ende des „Schulz-Effekts“ einläutende) Landtagswahl im Saarland 2017, als die CDU am Wahlabend weit über, die SPD hingegen klar unter den Prognosewerten lag. Während Demoskopien auf den vorläufigen Charakter und die Schwankungsbreite ihrer Untersuchungen hinweisen, neigen die Medien dazu, diese als Tatsachenberichte darzustellen. Die kritische Reflexion des eigenen Tuns ist eher die (auf wenige Qualitätsmedien beschränkte) Ausnahme (Prantl 2017, Esslinger 2018) als die Regel.

Die Frage nach der Machtoption hat aber auch eine demokratiethoretisch höchst problematische Seite: Denn zur Funktionslogik parlamentarischer Demokratien gehört es nun einmal, dass der Wähler *erst* seine Stimme abgibt, und die Parteien *dann* das Wahlergebnis in Regierungshandeln übersetzen. In Unkenntnis des eigentlichen Ergebnisses erfolgende Pressionen verkehren diese Reihenfolge. Es stellt sich die Frage, wie der Kandidat einer mit 30 % gemessenen Partei ohne hinreichend starke Koalitionspartner auf die Frage nach der fehlenden Machtoption überhaupt angemessen reagieren kann. Anders als professionelle Schachspieler können Spitzenpolitiker weder aufgeben noch ein Remis anbieten. Dass (v.a. weit im Vorfeld erstellte) Umfragen zudem mit dem Makel der potenziellen Fehlerhaftigkeit belastet sind,

¹ Der Autor ist als assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politikwissenschaft (Prof. Wilhelm Hofmann) der Technischen Universität München tätig.

² So betrug 2017, gemessen an der halbierten Summe der Differenzbeträge zwischen dem Mittelwert der jeweils letzten Prognose der Umfrageinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Infratest dimap, INSA und YouGov, die Abweichung gerade einmal 4,45 Prozentpunkte (eigene Berechnung, vgl. www.wahlrecht.de/umfragen/archiv/2017.htm).

verschärft diese Problematik: Spekulative Szenarien werden als Tatsachen missverstanden, die dann ihrerseits Tatsachen schaffen. Die „Machtoption“ stellt daher einen heißen Kandidaten für die (allerdings erst noch zu schaffende) Kategorie des politischen Unworts des Jahres dar.

Ein weiterer Anwärter hierauf sind die demoskopisch erfragten „gewünschten Koalitionen“. Diese suggerieren vor allem dann eine objektive Aussagekraft, die sie nicht haben, wenn die Umfrageinstitute feste Antwortkategorien vorgeben und nur einen Teil aller theoretisch möglichen Koalitionsmodelle zur Wahl stellen. So weist Infratest Dimap im Bayern-Trend vom September 2018 die Bewertung von fünf möglichen Koalitionsmodellen (CSU-Alleinregierung, CSU/FW, CSU/Grüne, CSU/FDP, CSU/SPD) durch die Befragten aus, benennt aber keine Einschätzung einer möglichen Koalition aus Grünen, SPD, FW und FDP. Natürlich lässt sich argumentieren, dass eine solche Form der Zusammenarbeit aufgrund der ideologischen Heterogenität und der Zahl von vier Akteuren nicht sehr wahrscheinlich wäre. Dennoch ist sie nicht völlig ausgeschlossen, wenn man sich die gemeinsame Erfahrung der vier Parteien als Daueropposition in Bayern und die potenziell sehr hohe Ausbeute für die bürgerlichen Parteien FW und FDP bei einem Zusammengehen mit SPD und Grünen vergegenwärtigt. Zumindest erscheint dieses Szenario nicht so viel irrealer als das abgefragte Zusammengehen von CSU und SPD in Bayern. Und, was viel schwerer wiegt, da solche Umfragen ja der Messung der Popularität bestimmter Koalitionsvarianten beim Wahlvolk dienen: Eine solche Mitte-Links-Koalition jenseits von CSU und AfD lag bereits zum damaligen Zeitpunkt mit Blick auf die Umfragedaten (CSU und AfD gemeinsam 46 %, Grüne/SPD/FW/FDP bei 44 %) rechnerisch im Bereich des Möglichen, sofern die mit exakt 5 % gemessene Linke nicht in den Landtag einzöge. Und die Daten des darauffolgenden Bayern-Trends von Infratest Dimap (Grüne/SPD/FW/FDP bei 46 %, CSU/AfD bei 44 %) wiesen dann sogar eine rechnerische Mehrheit für eine solche Koalition aus.

Demoskopien verweisen, auf diesen Umstand angesprochen, darauf, dass, wenn das Umfrageinstitut konkrete Antwortoptionen vorgibt, gerade in Zeiten steigender Fragmentierung, aus allen hypothetischen Koalitionsmodellen aus praktischen Gründen eine Auswahl zu treffen sei. Allerdings können sich, wie die internationale Koalitionsforschung zeigt, durchaus überraschende Formationen nach der Wahl zusammenfinden. Auch in Deutschland regierten und

regieren schon ideologisch heterogene, vorab nicht einkalkulierte Bündnisse, wie die Viererkoalition im Bayern der 1950er-Jahre oder die derzeitige Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt. Und zumindest für die ostdeutschen Länder erscheint durch das Erstarken der AfD das bislang undenkbare Zusammengehen von CDU und Linken zunehmend als möglich. Die Entscheidung darüber, welche Koalitionen man abfragt, ist somit keine technische, sondern eine eminent politische Frage, zumal die Wahrscheinlichkeit bestimmter Konstellationen natürlich auch von der medialen (Nicht-)Thematisierung beeinflusst wird.

Der Deutschland-Trend August 2018 II von Infratest Dimap verdeutlicht das Problem für die Bundesebene. Hier werden Zahlen zu sechs verschiedenen Varianten genannt: Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Schwarz-Grün, Jamaika, Rot-Rot-Grün und Ampel. Die AfD kommt nicht vor. Das ist einerseits verständlich, da diese von den anderen Parteien nicht als koalitionsfähig erachtet wird und auch selbst nicht koalitionswillig erscheint. Andererseits wäre es sehr aufschlussreich zu wissen, wie das Elektorat Koalitionsmodelle unter Einschluss der AfD bewertet. Gleiches gilt für ebenfalls nicht abgefragte Konstellationen wie der in Baden-Württemberg 2016 erwogenen Deutschland-Koalition (CDU, SPD, FDP) oder von Koalitionen unter Einschluss von FDP und Linkspartei (Spanien-Koalition). Auch die Zustimmung zu Rot-Grün, das sieben Jahre lang das Land regierte, wird nicht mehr ausgewiesen.

Im Kopf zu behalten ist auch, dass nicht alle Parteien bei den dargestellten Koalitionsvarianten gleich oft vorkommen. Bei der oben dargestellten Auswahl kommen CDU/CSU (Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Schwarz-Grün, Jamaika) und Grüne (Schwarz-Grün, Jamaika, Rot-Rot-Grün, Ampel) je viermal vor, SPD (Schwarz-Rot, Rot-Rot-Grün, Ampel) und FDP (Schwarz-Gelb, Jamaika, Ampel) immerhin je dreimal, die Linke hingegen nur einmal (Rot-Rot-Grün). Diese Ungleichgewichtigkeit ist natürlich eine Folge der Segmentierungsmuster, wirkt sich aber je nach methodischem Vorgehen der Demoskopien unterschiedlich problematisch aus. Sind, wie beim Deutschland-Trend von Infratest-Dimap, Mehrfachnennungen möglich, erscheint dies noch akzeptabel: Die Befragten können sich zu jedem Koalitionsmodell äußern, und dieses auf einer Ordinalskala als „sehr gut“, „gut“, „weniger gut“ oder „schlecht“ bewerten. In der visuellen Darstellung wird dann, aufbauend auf den kumulierten Werten für „sehr gut“ und „gut“, eine Rangfolge der Koalitionspräferenz erstellt. Schließt man aber, wie es die Forschungsgrup-

pe Wahlen bei dem für das ZDF erstellten Politbarometer tut, Mehrfachnennungen aus und bittet die Befragten, ihre (genau eine) „gewünschte Koalition“ zu nennen, so fallen mögliche Verzerrungen ungleich stärker ins Gewicht. Die Forschungsgruppe Wahlen erhebt den Koalitionswunsch über eine offene Frage. Die Daten für 2018 listen sechs Modelle auf (wie oben Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Schwarz-Grün, Jamaika, Rot-Rot-Grün, aber nicht Ampel, stattdessen zusätzlich Rot-Grün). Wie oben sind Union und Grüne je viermal, die SPD dreimal und die Linke nur einmal Teil einer dieser Koalitionsmodelle, die FDP allerdings nur noch zweimal. Da nun keine Mehrfachnennungen mehr möglich sind, teilen sich die Wähler, je nachdem, an wie vielen der vorgeschlagenen Koalitionsmodelle ihre favorisierte Partei beteiligt ist, unterschiedlich stark auf – immer unterstellt, diese wünschen überhaupt eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei. Diesen Umstand muss man bei der Interpretation der Daten aber berücksichtigen, was im Fernsehalltag aber eher selten geschieht. So liegt laut Politbarometer vom 13.07.2018 Schwarz-Rot (14 %) bei den „gewünschten Koalitionen“ vor Rot-Grün (10 %) und Schwarz-Gelb (9 %); es folgen Rot-Rot-Grün und Schwarz-Grün (je 6 %) und Jamaika (5 %). Somit plädieren, kumuliert, 34 % für ein Modell, an dem die Union beteiligt ist, 30 % für eine Regierung mit SPD-Beteiligung, 27 % für eine Regierung unter Einschluss der Grünen, 14 % für ein Modell mit FDP und 6 % für die einzige zur Wahl stehende Koalition einschließlich der Linken. Hier stellt sich schon die Frage, wie diese Werte aussähen, wenn auch die Daten weiterer Modelle, z.B. Ampel oder Rot-Rot, bekannt wären. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Methode zudem die Zweit- und Drittpreferenzen der Befragten, welche wie man aus der Forschung zu Präferenzrelationen (Condorcet 1785, Arrow 1951) weiß, sehr wichtig sein können. Wenn etwa, wie bei mehreren Politbarometer-Befragungen Anfang 2005, die Varianten Rot-Grün, Schwarz-Gelb und Große Koalition in etwa gleichauf liegen, wäre es für die Interpretation der Daten sehr wichtig zu wissen, ob die zweite Wahl der Rot-Grün-Befürworter Schwarz-Rot, Rot-Rot-Grün oder Ampel wäre.

Die gegenseitigen Beeinflussungen von Demoskopien, Medien, Politikern und Wählern sind Gegenstand umfangreicher Forschung (Jessen 2014: 277-315). Ein eminent wichtiger Akteur in diesem Geflecht sind die Medien, da etwaige Effekte der Demoskopie auf die Wahlentscheidung durch mediale Vermittlung entstehen. Medien, die eine seriöse und neutrale Verwendung demoskopischer Befunde erstreben, sollten, so der wiederholte, aber meist uner-

hört verhallende Appell der Politikwissenschaft, sowohl den bewussten strategischen Einsatz (Raupp 2003: 133, Donsbach/Weisbach 2005: 119) von Umfragen vermeiden als auch alle Informationen zur Verfügung stellen, um demoskopische Befunde angemessen einordnen zu können (Brettschneider 2003: 266; Jessen 2014: 285-295). Hierzu gibt es sogar, wenngleich nicht erschöpfende, Richtlinien seitens des Pressrates und des Demoskopien-Dachverbands ADM. Gleichwohl werden wichtige Größen wie die Fehlermarge in der Praxis meist nicht genannt – weil Zeit und Raum hierfür zu knapp erscheinen, Journalisten nur begrenztes methodisches Wissen haben und eine gewissenhafte Einordnung die von den Medien erwünschte Zuspitzung erschwert (Deutschländer 2013).

Mit Blick auf das oben Gesagte wäre es insbesondere wünschenswert, dass die Medien die Frage nach der Machtoption nicht zu sehr in den Mittelpunkt rücken und neben dem momentan wahrscheinlichen Bild auch Alternativszenarien berücksichtigen. Und bei den Wunschkoalitionen täten mehr Kontextualisierung und mehr Kreativität der politischen Berichterstattung äußerst gut. In dem Maße, in dem die sozialen Medien an die Stelle von Rundfunk und Presse treten, sind natürlich auch diese zur entsprechenden Sorgfalt angehalten.

Literatur und Quellen:

Arrow, Kenneth, *Social Choice and Individual Values*, New York NY 1951.

Brettschneider, Frank, *Wahlumfragen, Medienberichterstattung und Wirkungen*, in: Andreas Wüst (Hrsg.): *Politbarometer*, Opladen: 2003, S. 257-282.

Condorcet, Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de, *Discours préliminaire de l'Essai sur l'application de l'analyse à la probabilité des décisions rendues à la pluralité des voix*, Paris 1785.

Deutschländer, Christian, *Antwort auf die Anfrage von Anne Jessen an den Landtagskorrespondenten des Münchner Merkurs*, 01. Juli 2013; vgl. Jessen 2014, S. 294.

Donsbach, Wolfgang/Weisbach, Kerstin, *Kampf um das Meinungsklima, Quellen und Inhalte der Aussagen über den möglichen Wahlausgang*, in: Elisabeth Noelle-Neumann u.a. (Hrsg.): *Wählerstimmungen in der Mediendemokratie*, München/Freiburg 2005, S. 104-127.

Esslinger, Detlef, Wie Meinungsforscher die Wahlen beeinflussen, SZ, 20. Oktober 2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/demoskopie-wie-meinungsforscher-die-wahlen-beeinflussen-1.4177815>.

Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer (17. Februar 2017), <https://www.zdf.de/politik/politbarometer/170217-politbarometer-bilderserie-100.html> (Folie 15).

Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, Langzeitentwicklung, Themen im Überblick, Politik I, Koalitionswunsch, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Koalitionswunsch und www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/4_Koalition.xlsx.

Infratest Dimap, Deutschland-Trend (August II/2018), <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-899.pdf> (Folie 6).

Infratest Dimap, Länder-Trend Bayern (September 2018), <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend/2018/september/> (Folie 22, Folie 10).

Infratest Dimap, Länder-Trend Bayern (Oktober 2018), <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend/2018/oktober/> (Folie 1).

Jessen, Anne, Perspektiven der Meinungsforschung, Demoskopische Ergebnisse im Spannungsfeld von Theorie, Praxis und Öffentlichkeit, Wiesbaden 2014.

Prantl, Heribert, Demoskopie, Wahlumfragen sind ein Problem für unsere Demokratie, SZ, 18. September 2017, <https://www.sueddeutsche.de/politik/demoskopie-bitter-im-abgang-1.3669942>.

Raupp, Juliana, Informationen, Instrumentalisierung, Reflexion: Die widerspruchsvolle Verwendung von Umfragen in der Wahlberichterstattung“, in: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Die Massenmedien im Wahlkampf, Die Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2003, S. 116-137.

Sonntagsfrage Bundestagswahl 2017, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/archiv/2017.htm>.